

Standort Schule im Amtsbereich Carbak – Off. Brief

Liebe Eltern von Grundschulern und Kindern, die in den nächsten Jahren eingeschult werden!
Das Interesse von derzeit und künftig betroffenen Eltern wegen der im Amt plötzlich und von allen unerwartet stattfindenden Diskussion um den oder einen neuen Schulstandort war aus meiner Sicht zwar erwartet worden, in seinem Ausmaß aber nicht vorhersehbar. Aus diesem Grunde möchte ich nun, nachdem die Entscheidungen im Amt Carbak getroffen wurden, Ihnen meine Gründe für die mehrheitlich auch mit meiner Stimme getroffene Entscheidung, die Schule am derzeitigen Standort zu belassen, darlegen.

Im vergangenen Jahr 2011 wurde im Schulausschuss überdeutlich, die Räumlichkeiten des Hortes und die Raumsituation für die Schule deutlich zu verbessern.

Gründe: Das marode Seitengebäude, welches fast ausschließlich vom Hort genutzt wird und die Tatsache, dass im Schulbetrieb künftig auch behinderte Kinder zu integrieren sind.

Letzteres ist in unserem Land erklärtes Ziel der Landesregierung. Dafür reicht das bestehende Platzangebot nicht aus, insbesondere, weil das Hauptgebäude nicht über behindertengerechte Einrichtungen und Zugänge zu den Räumen verfügt. Einen Ausweg sahen wir im Neubau eines Hortgebäudes. Dazu muss man wissen, dass am Schulstandort grundsätzlich alle Räume alternativ für den Schulbetrieb oder die Hortunterbringung genutzt werden. Dies funktioniert, weil die Leistungen des Hortes nur außerhalb der Schulzeiten liegen. Diese Doppelnutzung gestattet eine hohe Wirtschaftlichkeit am Standort, weil Räume und Einrichtungen nicht separat für die Träger bereitgehalten werden müssen. Die Planung und auch die Beantragung der Landeszuschüsse für das Vorhaben wurden unmittelbar nach Beschlussfassung im Dezember bei den zuständigen Stellen eingereicht.

Groß war der Schock, als wir während der Konstituierung des neuen Schulausschusses im Februar 2012 erfahren mussten, dass die Förderung abgelehnt war und die Schulaufsichtsbehörden nach Prüfung der Gesamtsituation eher einem Schulneubau mit Hort das Wort redeten. Hier gilt der Verwaltung besonderer Dank, die unmittelbar nach Bekanntwerden der neuen Lage reagierte und im Vorfeld von zu fassenden Beschlüssen Alternativen auslotete. Man zeigte uns die Entscheidungen des Kreises und des Innenministeriums mit den bestehenden Möglichkeiten auf:

1. Neubau am alten Standort, mit der Vorgabe, dass Baurecht nur auf den Flächen angenommen werden kann, die bisher auch bebaut sind oder waren.

2. Neubau alternativ an drei weiteren Standorten: Broderstorf, Poststraße; Broderstorf, Kösterbecker Str. (ehem. LPG) und Roggentin, Kösterbecker Straße (zwischen Ahornweg und Lindenstraße (Bahnhof)).

Weitere Standorte wurden nicht in Betracht gezogen, da seitens der Oberbehörden unter dem Gesichtspunkt „Fördermöglichkeiten“ signalisiert wurde, dass dies nur bei kurzfristiger Entscheidung und Baurealisierung Erfolg haben könne. Für baurechtliche Planverfahren fehlt daher die Zeit. Allen Verantwortlichen war klar, dass sie zum Wohle der Kinder diese einmalige Chance ergreifen müssen. Aus eigener Kraft wäre durch die Gemeinden ein Schulneubau mit einem Kostenvolumen von etwa 6 Mill. Euro nicht zu realisieren.

Anmerkung: Durch die Novellierung der Kommunalverfassung ist die Anzahl der in die Gremien des Amtes zu entsendenden Gemeindevertreter mit Stichtag 01.01.2012 erheblich geringer als zuvor. Der Schulausschuss hat jetzt gegenüber bisherigen 11 Mitgliedern nur noch sechs. Der Amtsausschuss hat daher die Befugnisse des Schulausschusses beschränkt und in der Satzung neu festgeschrieben, dass für Entscheidungen über der Wertgrenze von 50 Td Euro der Amtsausschuss zuständig ist. Dort haben dann alle Mitglieder der den Schulstandort tragenden Gemeinden Stimmrecht.

Als Schulausschussvorsitzender sah ich die Notwendigkeit, kurzfristig eine Sondersitzung vorzuschlagen, in der sowohl Verwaltung als auch potentielle Fachleute uns Expertisen zu den vorgeschlagenen Standorten, Kosten und den für die Kinder relevanten Gesichtspunkten (Gefahrenpotentiale, Länge des Schulweges usw.) vorlegen sollten.

Vorrang vor allen anderen Gesichtspunkten habe dabei das Wohl der Kinder. Auch dazu wollte ich als Entscheidungsgrundlage belastbare Erkenntnisse vorgestellt wissen, weil nur auf dieser Basis zukunftsorientierte Entscheidungen erfolgreich und akzeptabel sind.

Viele Eltern besuchten am 19. März die Sondersitzung des Schulausschusses, in der zu diesem Zeitpunkt

- keine ausreichenden Informationen zu den Kosten und zu den Standortbesonderheiten vorlagen, und
- noch Gespräche zu Fördermöglichkeiten mit Vertretern des Landkreises und der Landesregierung ausstanden,

und somit keine Grundlage für weitere Entscheidungen gegeben war. Sowohl für die anwesenden Mitglieder des Schulausschusses wie auch für die anwesenden Besucher warfen die dargestellten Fakten mehr Fragen auf, als dass Antworten möglich schienen. Die aufgeworfenen Fragen wurden zur

Entscheidung in dem Amtsausschuss verwiesen. Lediglich hinsichtlich der Anzahl der zu betrachtenden Standorte positionierte sich der Schulausschuss.

Die erforderlichen Antworten ergaben sich in den nachfolgenden Wochen:

1. Die Gemeinden Broderstorf und Steinfeld verhandeln derzeit ihre Fusion und sind dabei ein gut Stück vorangekommen. Daher werden die Flächen der Gemeinde Steinfeld bei der Betrachtung des Einzugsbereiches der Schule mit einbezogen. Folge ist, dass der bisherige Schulstandort bei Betrachtung des neuen Einzugsbereiches nicht mehr in einer exponierten Randlage liegt, sondern näher in den Mittelpunkt des Schuleinzugsbereiches rückt. Als Mittelpunkt des Einzugsbereiches ist der Standort Broderstorf, Poststraße, anzusehen.

2. Für den bisherigen Schulstandort ließ die Kreisverwaltung erkennen, dass sie bei geringfügigen Überschreitungen der bestehenden Baugrenzen durch die Neubauten nach dem Baugesetzbuch zu einer Ausnahmeregelung im Interesse des Gemeinwohls bereit sei.

3. Für die Standorte Broderstorf, Poststraße und Kösterbecker Straße, sind erhebliche Kosten für den Erwerb der Grundstücke aufzuwenden. Der Standort Kösterbecker Straße scheint darüber hinaus noch durch Altlasten belastet zu sein.

4. Die Gemeinde Roggentin stellt das Grundstück für den Schulbau kostenfrei zur Verfügung.

5. Das Kreisschulamt äußerte erhebliche Bedenken zu Standorten, in deren unmittelbarer Nähe sich halb-beschränkte Bahnübergänge befinden. Kinder im Grundschulalter der ersten drei Klassen bis saßen noch nicht die erforderliche Kompetenz sich im Straßenverkehr angepasst und regelgerecht zu verhalten. Eine Förderung käme nur in Betracht, wenn auch die Sicherheitsbelange berücksichtigt würden. Erst in der vierten Klasse steht die Verkehrserziehung auf dem Stundenplan, die mit dem Fahrradpass abgeschlossen wird.

6. Die für Grundschulen generell geforderte Einbindung von Standorten in den Wohnbereich, die den Kindern eine gefahrlose und fußläufige Anbindung „ihrer“ Schule ermöglichen soll, ist in unsere ländlichem Siedlungsgebiet nicht erreichbar. Die Zahlen der Schüler und ihrer Verteilung im Einzugsbereich Schule lassen erkennen, dass zu fast allen bezeichneten Standorten z. T. mehr als 70% der Kinder zur Schule fahren müssen, sei es mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dass sie gebracht werden. Nur am alten Standort ist davon auszugehen, dass dieser Prozentsatz sich deutlich der 100% Marke nähern dürfte.

7. Viele Eltern, insbesondere die, die den alten Schulstandort als Kinder selbst besuchten, preisen und loben die Vorzüge einer Schule und eines Hortes „im Wald“. Die Ruhe und die Auslaufmöglichkeiten auf dem Grundstück für die Kinder werden deutlich hervorgehoben. Die vom Land erneut in der Diskussion eingebrachte Erziehung der Kinder zum „gesunden Essen“ und die damit erforderliche Schaffung von „Schulgärten“ ist sowohl am alten Standort wie auch in Roggentin möglich. An den anderen Standorten werden die Flächen dafür nicht ausreichen. Ein weiterer Pluspunkt für den alten Standort ist das Vorhandensein des Sportplatzes, der in dieser Größe und Ausprägung an neuen Standorten nicht realisiert werden könnte. Dort könnten aus Platzgründen nur eine 100-m-Laufbahn und eine Sprunggrube errichtet werden.

Bei Abwägung aller vorliegenden Fakten, habe ich mich insbesondere unter dem Aspekt der Sicherheit für die Kinder eindeutig gegen die Standorte entschieden, die einen Bahnübergang in unmittelbarer Nähe aufweisen. Da zu dem auch der im Mittelpunkt des Schuleinzugsbereiches liegende Standort an der Poststraße nicht die erforderlichen Flächen aufweist, die für „einen kindgerechten Bushaltestelle“ erforderlich wären, schied dieser für mich ebenfalls aus Gründen der Verkehrssicherheit aus. Hinsichtlich der Kosten wertete ich gleichwertig den alten Standort und den Standort in Roggentin. Abschließend war und ist aus meiner Sicht der alte Standort die beste Wahl auch für den Neubau, weil er hinsichtlich der Sicherheit für die Kinder die optimalen Voraussetzungen bietet.

Den von der Schulleitung vorgetragenen Bedenken, der Schulbetrieb würde durch den Neubau unzulässig belastet, kann entgegengehalten werden, dass die Bauplanung Pläne vorgelegt hat, die nur geringfügige Belastungen des Schul- und Hortbetriebes erwarten lassen. Dies wurde möglich durch das Signal aus dem Kreis, hinsichtlich möglicher Überschreitung bestehender Baugrenzen Ausnahme zu lassen zu wollen.

Ich hoffe, durch vorstehende Zeilen wird die mehrheitlich getroffene Entscheidung für Sie transparenter und auch nachvollziehbar. Ich gehe davon aus, dass alle zur Entscheidung aufgerufenen Mitglieder im Amtsausschuss ihre Entscheidung in gewissenhafter Abwägung und in der Absicht getroffen haben, das Beste für die Gemeinden und ihre Einwohner zu wollen. Dafür, dass sie sich in Ihren Namen für das Projekt insgesamt einsetzen, gebührt ihnen Ihr Dank.

Mit freundlichen Grüßen Uwe Hirschmann (SPD), Schulausschussvorsitzender im Amt Carbak, Gemeindevertreter Broderstorf, Mitglied des Amtsausschusses Carbak (ukj.hirschmann@t-online.de)